



MÄRZ 2024

CENTRAL MEDITERRANEAN INFO



ANKÜNFTE

Im März kamen laut Daten von *borderline-europe* 7.069 Menschen in Italien an und damit fast dreimal so viele wie im Vormonat (2.320 Personen). Zum Vergleich: Im März 2023 erreichten 10.805 Menschen Italien über See. Auch diesen Monat kam die große Mehrheit (85%) in Sizilien, und vor allem auf Lampedusa, an.

Über die Hälfte der angekommenen Menschen wurde von den italienischen Behörden (4179 Personen, 59%) und ein deutlich kleinerer Teil von zivilen Seenotrettungsschiffen gerettet (1.179 Menschen, 17%). Die europäische Grenzschutzagentur Frontex führte einige Rettungen von insgesamt 132 Personen (1,8%) durch. Eine Minderheit der Personen (507 Migrant*innen, 7%) kam autonom in Italien an, schaffte es also bis in die italienischen Küstengewässer (12 Seemeilen vor der Küste), ohne vorher abgefangen/gerettet zu werden. Für die restlichen Personen können wir keine Angaben darüber machen, wie sie in Italien angekommen sind.

WEGE NACH EUROPA

Im März traten mindestens 2.139 Personen (30%) ihre Überfahrt über das zentrale Mittelmeer aus Tunesien an. Im Gegensatz zum letzten Monat (ca. 12%) ist somit wieder ein deutlicher Anstieg von Abfahrten aus Tunesien zu verzeichnen. Gleichzeitig starteten 3.052 Menschen (43%) ihren Weg über das zentrale Mittelmeer aus Libyen. Für 1.828 Migrant*innen (27%) können wir nicht bestimmen, aus welchen Ländern sie abfuhrten.

Die **Kosten für die Flucht** aus Tunesien nach Italien oder für die Route von Libyen nach Italien sind sehr unterschiedlich. Einige Geflüchtete berichteten, dass sie für die Überfahrt von Tunesien nach Italien 1.000 tunesische Dinar (ca. 300 Euro) gezahlt hätten. Manche haben zu einem Aufpreis von 500 tunesischen Dinar ein GPS-Gerät für die Navigation dazu bekommen.

Die Überfahrt von Libyen nach Italien ist hingegen deutlich teurer: Menschen berichteten, dass sie zwischen 1.000 und 5.000 Dollar bezahlt hätten. Aus Libyen fahren vermehrt Menschen aus Syrien, Pakistan, Bangladesch und Ägypten ab.

Veränderung der Migrationsrouten

In den letzten Wochen und Monaten haben sich die **Migrationsrouten verändert**, so machen sich immer mehr Menschen vor allem aus dem Westen Afrikas (vor allem Senegal und Mauretanien, aber auch Marokko) über den Atlantik auf den Weg Richtung Kanarische Inseln. Diese Fluchtroute ist sogar noch **gefährlicher**, als die über das Mittelmeer: einerseits weil die Strecke viel länger ist und sich die Menschen auf dem offenen Ozean befinden und andererseits, weil in diesen Gewässern aktuell keine zivilen oder staatlichen Rettungsschiffe unterwegs sind. Außerdem findet die Überfahrt auf dieser Route oft mit **“Pirogen”** (kleinen Fischerbooten aus Holz) statt, die eine Flucht über den Ozean noch gefährlicher machen. Es wird geschätzt, dass zwischen Januar und März dieses Jahres schon **mindestens 200 Menschen** auf der Flucht Richtung Kanarische Inseln gestorben sind.

Die **Gründe** für diese Veränderung der Migrationsrouten sind unterschiedlich, ein Grund ist sehr wahrscheinlich das Abkommen zwischen Italien und Tunesien, um die irreguläre Migration zu bekämpfen. Tunesien geht immer härter gegen Flüchtende vor, hierbei ist auch auffällig, dass immer mehr Pull-Backs von tunesischen Behörden durchgeführt werden, dazu mehr im nächsten Kapitel.

Auch auf der **Route von Libyen Richtung Griechenland** (Gavdos und Kreta) ist die Zahl der Flüchtenden seit Ende 2023, aber vor allem im ersten Quartal 2024, enorm angestiegen. Das könnte einerseits an einem Abkommen zwischen Athen und Ankara liegen, das dazu führt, dass an der griechisch-türkische Seegrenze stärker patrouilliert wird. Und andererseits ist es noch wahrscheinlicher, dass diese Veränderung der Migrationsrouten am Italien-Haftar-Abkommen liegt.

Khalifa Haftar ist der Befehlshaber der in Tobruk stationierten Libyschen Nationalarmee (LNA), die den Osten Libyens und den Hafen, den wichtigsten Ausgangspunkt für Flüchtende in die südliche Ägäis, kontrolliert und seit dem Abkommen einen Fokus darauf legt, Flüchtende auf der zentralen Mittelmeer-Route (Richtung Italien) zu stoppen und zurück nach Libyen zu bringen. Auch der italienische Innenminister Matteo **Piantedosi lobte die Arbeit des Befehlshabers Haftar** bei einem Besuch in Bengasi: Haftar würde einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der "illegalen Migration" beitragen.

Diese "Bekämpfung der illegalen Migration" zeigt sich auch diesen Monat in den Pull- und Push-Backs, die vor allem von den tunesischen und libyschen Behörden durchgeführt werden.

PUSH - UND PULLBACKS

Im März wurden nach den Daten von *borderline-europe* 7.147 Menschen auf ihrem Weg nach Europa abgefangen. Davon wurden 4.252 Personen (60%) zurück nach Tunesien, 2.750 (38%) nach Libyen und 145 (2%) nach Ägypten gebracht. Damit setzt sich der Trend der steigenden sogenannten Interceptions nach Tunesien aus den letzten Monaten weiter fort.

Direkt am Anfang des Monats wird die Crew der *Humanity 1* (SOS Humanity) Zeug*in eines gewaltvollen Pullbacks von der sogenannten Libyschen Küstenwache.

„Zurück! Zurück oder wir schießen!“, brüllen die Männer auf dem Patrouillenboot der sogenannten libyschen Küstenwache. Menschen befinden sich im Wasser. Doch unserer Crew bleibt nichts anderes übrig, als dabei zuzusehen, wie etwa 50 Menschen auf das Patrouillenboot gezwungen werden. Ihnen steht eine illegale Rückführung nach Libyen bevor – zurück in das Land, aus dem sie zu fliehen versuchten. Das ist gegen internationales Recht.“ (SOS Humanity, März 2024)

Die Crew berichtet, dass sie sich aufgrund der Drohungen und weiteren Sichtungen von Migrant*innen in unmittelbarer Nähe von dem Geschehen entfernt. Doch dies führt bei der sog. libyschen Küstenwache nicht zu einer Deeskalation. Sie drohen der Crew weiterhin und bei einer Rettung kurze Zeit später unterbricht die sog. libysche Küstenwache die Aktion, schießt ins Wasser und löst damit Panik aus. Eine Person stirbt. Dazu mehr im Kapitel "Ziviler Widerstand". Insbesondere mit der sog. libyschen Küstenwache kommt es immer wieder zu gefährlichen Aufeinandertreffen, welche nicht nur die Migrant*innen, sondern auch die Seenotretter*innen gefährdet. Dennoch arbeiten die italienischen Behörden weiterhin mit ihnen zusammen.

Es werden allerdings nicht nur Menschen bereits auf hoher See aufgehalten. Die Tunesische Küstenwache verhindert auch immer wieder die Überfahrt an der Küste oder sogar noch am Strand. Zudem greifen die tunesischen Behörden zu immer härteren Mitteln, um Flüchtende daran zu hindern, nach Europa zu gelangen. So wurden im letzten Monat fast **500 Zelte von Migrant*innen** niedergerissen, welche an der Küste von Sfax auf eine Möglichkeit der Überfahrt warten. Außerdem wurden mehrere Boote und Treibstoff beschlagnahmt. All dies geschieht mit der Begründung, sogenannte "illegale" Migration zu verhindern.

Stattdessen sollten sich Politiker*innen in bilateralen Abkommen lieber damit beschäftigen, dass Menschen auf der Flucht würdig behandelt und Menschenrechte eingehalten werden müssen.

TOTE & VERMISSTE

Mitte des Monats rettete das **Rettungsboot "Ocean Viking"** von der NGO "SOS Méditerranée" 25 Menschen, welche ca. eine Woche zuvor in Libyen losgefahren waren. Nach der Rettungsaktion erfuhr die Crew jedoch, dass ursprünglich über 80 Menschen die gefährliche Reise über das Mittelmeer angetreten hatten. Eine **Woche** ohne Wasser, Nahrung und jegliche Hilfe führten zu dem schrecklichen Tod von 60 Personen. In den Tagen zuvor hatte Alarm Phone bereits mehrmals über ca. 75 Menschen berichtet, deren Standort jedoch unklar war. Es bleibt unsicher, ob es sich um dasselbe Boot handelt. Mit Sicherheit kann man aber sagen, dass diese Tragödie kein Einzelfall ist.

Im letzten Monat starben nach den Zahlen von *borderline-europe* 107 Personen im Mittelmeer und 25 Migrant*innen werden nach wie vor vermisst. Die Dunkelziffer ist um einiges höher. Die Vereinten Nationen berichteten zudem, dass im Jahr 2023 so viele Menschen wie noch nie seit Beginn der Datenerhebung auf der **Flucht** gestorben seien. Die gefährlichste Route für Migrant*innen ist und bleibt laut der UN das Mittelmeer. Besonders belastend für zum Beispiel Angehörige und Freund*innen ist dabei die Tatsache, dass über **zwei Drittel der Toten** nie gefunden und identifiziert werden.

In der ersten Märzwoche starb ein **17-Jähriger** zwei Stunden nach der Rettung von einem Holzboot auf der Sea-Watch 5. In dieser Zeit hatte die Crew durchgehend Hilfe für ihn angefordert. Doch die italienischen Behörden reagierten nicht, bis es zu spät war. Stattdessen wurde dem Rettungsschiff zunächst Ravenna als Hafen zugewiesen, eine Fahrt von weiteren vier Tagen für die 51 Überlebenden und die Crew ohne die Möglichkeit, den Körper des verstorbenen Jungen kühl zu halten. Schlussendlich konnten sie zum Glück doch den sizilianischen Hafen Pozzallo anlaufen.

Unsere Zahlen zeigen, dass Menschen häufiger bei einer Interception der sog. libyschen Küstenwache oder der Tunesischen Küstenwache sterben, als bei einer Rettungsaktion von NGO Schiffen, leider geschieht das jedoch auch, denn Rettungen von überfüllten, nicht hochseetauglichen Booten, besonders bei starkem Wellengang, sind nie ungefährlich. Diesen Monat ist ein 15-Monate altes Mädchen bei einer **nächtlichen Rettung** ins Wasser gefallen und gilt seitdem offiziell als vermisst. Die weiteren 44 Menschen an Bord, inklusive der Mutter des Mädchens, konnten zum Glück gerettet werden.

Diese schrecklichen Ereignisse sind nur ein kleiner Ausschnitt dessen, was jeden Tag auf dem Mittelmeer geschieht und was jeden Tag von der italienischen Regierung ignoriert wird. Stattdessen werden NGO Schiffe von italienischen Politiker*innen dafür verantwortlich gemacht, dass Migrant*innen sich auf den Weg machen würden, weil sie sich durch die zivilen Rettungsschiffe sicherer fühlen würden. Dass die Menschen, die sich auf den Weg nach Europa machen, häufig verzweifelt sind und keine andere Möglichkeit mehr für sich sehen, wird dabei völlig außer Acht gelassen. Solange die europäischen Länder nicht endlich Verantwortung übernehmen und für sichere Einreisemöglichkeiten sorgen, wird das Leid auf dem Mittelmeer nicht enden

ZIVILER WIDERSTAND

Im März waren acht Schiffe der zivilen Flotte auf dem zentralen Mittelmeer im Einsatz. Die Ocean Viking (SOS Méditerranée) führte mehrere Rettungen durch, die Humanity 1 (SOS Humanity) war zu Beginn des Monats noch vom italienischen Staat festgelegt und konnte erst ab Mitte des Monats wieder rausfahren, die Life Support (Emergency) ist nach mehreren Rettungsaktionen aktuell wieder unterwegs, die Mare Jonio (Mediterranea Saving Humans) ist nach langer Zeit wieder zurück in der SAR-Zone und hat mehrere Rettungen durchgeführt, auch die Trotamar III (compass collective) ist zurück in der SAR-Zone und war an mehreren Rettungen beteiligt, die Sea-Watch 5 (Sea-Watch) rettete in mehreren Aktionen, bevor sie dann auch für 20 Tage von den italienischen Behörden festgelegt wurde, jetzt aber wieder in der SAR-Zone aktiv ist. Die Geo Barents (MSF) war bis Mitte des Monats aktiv und ist seit dem 20.03.24 festgesetzt, die Sea Eye 4 (Sea Eye) war zu Beginn des Monats aktiv an Rettungen beteiligt und ist seit dem 10.03.24 für 60 Tage festgesetzt (dazu mehr im weiteren Verlauf).

Die Behinderung der zivilen Seenotrettung ist weiterhin Alltag in der italienischen Politik. Wie bereits in den Vormonaten konnten wir beobachten, dass die italienische Regierung auch im März wieder zahlreiche "administrative Stopps" anordnete. So gab es in diesem Monat vier Festsetzungen von Seenotrettungsschiffen für insgesamt 64 Tage in Italien, wobei die Sea-Eye 4 bis jetzt immer noch im Hafen von Reggio Calabria blockiert ist.

Normalerweise werden die Seenotrettungsschiffe für 20 Tage festgesetzt, die Sea Eye 4 bildet mit sogar **60 Tagen** eine Ausnahme und liegt in Reggio Calabria fest. Wieder ist die Begründung der italienischen Behörden, dass die Crew des Schiffes die Anweisungen der sog.libyschen Küstenwache nicht befolgt hätte. Die sog. libysche Küstenwache wäre angeblich bereit gewesen, die in Seenot geratenen Menschen an Bord zu nehmen. Dies hätte allerdings bedeutet, dass diese Menschen, wie so viele andere, auch einen Pullback erlebt hätten und zurück nach Libyen gebracht worden wären, was **gegen internationales Recht verstößt**, wie das Oberste Gericht in Italien erst vor Kurzem erneut bestätigt hat.

Die Festsetzung der Schiffe ist allerdings nicht die einzige Maßnahme der italienischen Regierung, um die zivile Seenotrettung zu erschweren. Neben den Festsetzungen werden den NGO-Schiffen von den italienischen Behörden auch immer wieder weit entfernte Häfen zugewiesen, angeblich, um die Menschen dann besser verteilen zu können, was natürlich nur ein Vorwand ist. Denn diese Maßnahme führt neben enormen Kosten für den NGOs auch dazu, dass die Rettungsschiffe auf Grund der langen Wege länger aus den SAR-Gebieten ferngehalten werden.

Genau dies ist das Ziel der Regierung. Um nur ein paar Beispiele im März zu nennen: die Ocean Viking (SOS Méditerranée) musste nach mehreren Rettungen mit 336 Personen an Bord bis nach Ancona fahren, um die geretteten Menschen an Land zu bringen. Auch der Geo Barents (MSF) sind nach der Rettung von 261 Menschen sogar **zwei verschiedene, weit entfernte Häfen** (Civitavecchia und Genua) zugewiesen worden. Nach drei weiteren Rettungen von insgesamt 249 Personen, musste dasselbe Rettungsschiff wieder eine weite Strecke bis nach Marina di Carrara im Norden Italiens zurücklegen und wurde dann dort festgesetzt.

Die Life Support (Emergency) musste mit 71 geretteten Menschen Ende März bis nach Ravenna fahren, was **vier Tage** dauerte. Auch die **Sea-Watch 5** sollte mit 51 geretteten Menschen an Bord bis Ravenna fahren, nur auf politischen Druck hin, wurde dem Rettungsschiff von den italienischen Behörden dann doch der Hafen von Pozzallo (Sizilien) zugewiesen.

Auch die sog. libysche Küstenwache hat sich im März nicht gescheut, gewaltvoll gegen Flüchtende auf dem Mittelmeer vorzugehen.

Ein Rettungseinsatz der Humanity 1 (SOS Humanity) am 2. März wurde von der sog. libyschen Küstenwache, die von EU-Geldern finanziert wird, gewaltvoll unterbrochen. Die Crew und die Flüchtenden wurden bedroht und die sog. libysche Küstenwache hat sogar auf die Menschen im Wasser geschossen.

Trotz dieses **gewaltvollen und illegalen Eingriffes der sog. libyschen Küstenwache**, ist es der Crew des Seenotrettungsschiffes dennoch gelungen 77 Menschen zu retten. Einige Menschen, die sich schon im Wasser befanden, wurden von der sog. libyschen Küstenwache auf deren Boot gezwungen und zurück nach Libyen gebracht. Mindestens ein Mensch, der ohne den brutalen Eingriff der sog. libyschen Küstenwache wahrscheinlich überlebt hätte, ist an diesem Tag im Mittelmeer gestorben.

SOS Humanity bringt auf den Punkt, was an diesem Tag passiert ist: **“Dieser tote Mensch war kein Unfall oder eine Tragödie. Dieser Tod hat politische Gründe.”** Das Boot der sog. libyschen Küstenwache ist von Italien gestellt worden, finanziert durch EU-Gelder, und diese hat somit eine Mitverantwortung für das, was an diesem Tag passiert ist.

Anstatt die sog. libysche Küstenwache für den illegalen, gewaltvollen und gefährlichen “Einsatz” zu bestrafen, wird die Humanity 1, in Crotona angekommen, für **20 Tage festgesetzt**, da sie laut der italienischen Regierung mit der sog. libyschen Küstenwache zusammenarbeiten hätte sollen.

Die NGO SOS Humanity leitete nach der Festsetzung des Rettungsschiffes Humanity 1 **rechtliche Schritte** gegen diese Form der Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung ein, fordert unabhängige Ermittlungen in diesem Fall und die sofortige Freilassung der Humanity 1. Außerdem besteht weiterhin die Forderung, dass die EU die Zusammenarbeit mit der sogenannten libyschen Küstenwache und die finanzielle Unterstützung beendet. Die gute Nachricht ist, dass die rechtlichen Schritte gefruchtet haben und die Humanity 1 nach 13 Tagen den Hafen von Crotona wieder verlassen durfte. Ein **kleiner Sieg für die zivile Seenotrettung**, und doch zu wenig. So fordern NGOs weiterhin die Freilassung aller festgesetzten Seenotrettungsschiffe.

Viele Menschen müssen auf der Flucht über das Mittelmeer ihr Leben lassen, weil von allen Behörden auch immer wieder Notrufe von in Seenot geratenen Booten ignoriert werden; dies wird in den Twitter-Berichten des Alarm Phones und der verschiedenen Seenotrettungsorganisationen immer wieder deutlich.

Wie italienische Politiker*innen auf die Ereignisse der letzten Wochen reagieren
Die **rechte Regierung in Italien** lobt sich schamlos selbst für die Erfolge in der angeblichen Eingrenzung der Migration. Um die eigene Politik zu bestätigen, führt sie ihren Feldzug gegen die zivile Seenotrettung und die angebliche irreguläre Migration fort. Allen voran Innenminister Matteo Piantedosi, der diese (tödlichen) Ereignisse auf See als Zeichen dafür sieht, dass die Migration noch stärker und härter eingeschränkt werden muss. Auch Giorgia **Meloni** wirbt mit einer "vorläufigen" Zahl, die besagt, dass die Ankünfte im Vergleich zum Vorjahr um 67% zurückgegangen sind.

Das Thema Einwanderung wird von rechten Politiker*innen in ganz Europa schon immer als „sicheres“ Thema zur Verbreitung alter und neuer Populismen ausgenutzt. Es ist mittlerweile einfach geworden, die „**Migrationsfrage**“ immer wieder neu „aufzukochen“ und damit, egal zu welcher Zeit, Wahlkampf zu machen. Dabei wird mit den Verlustängsten der Gesellschaft gespielt, manipuliert und Migration wird immer wieder in einen Kontext von „Katastrophe“ gestellt.

Auch Giorgia Meloni und ihre Regierung sprechen immer wieder von einer „**Invasion**“ von Migrant*innen und der „Verteidigung der Grenzen“. Sie verkaufen ihre repressive und menschenverachtende Migrationspolitik als eine Maßnahme, um „Sicherheit zu schaffen“. Dieses überholte Narrativ funktioniert leider immer wieder, wie aktuell ein weiterer Sieg der Rechten bei den Regionalwahlen in den Abruzzen zeigt.

Die wahre Katastrophe ist allerdings das Sterben auf der Flucht, die gewaltvollen und illegalen Pull- und Pushbacks der sogenannten Küstenwachen, die unmenschlichen Bedingungen für Geflüchtete in Europa, Abschiebepflichten, Menschenrechtsverletzungen auf dem Mittelmeer, in Libyen und Tunesien und in geschlossenen Zentren in Italien.

Zum Glück gibt es auch viele **Gegenstimmen zu der aktuellen Migrationspolitik in der italienischen Opposition**, die erkennt, dass sich durch die Maßnahmen der Meloni Regierung rein gar nichts an den Zahlen der Toten auf dem Mittelmeer geändert hat und immer wieder fordert, dass den Schiffen der zivilen Seenotrettung näher liegende Häfen zugewiesen werden sollen. Beispielsweise nennt **Nicola Fratoianni**, ein Abgeordneter der „Alleanza Verdi Sinistra“ (Bündnis Grün-Links), das Piantedosi-Dekret „decreto ferocia“ (Dekret der Grausamkeit) und bezieht klare Stellung zu den aktuellen politischen Geschehnissen: „Während die sog. libysche Küstenwache, unterstützt, bewaffnet und verstärkt von der italienischen Regierung, immer aggressiver wird und sogar versucht, Rettungsaktionen von NGO-Schiffen im Mittelmeer mit Aktionen der Piraterie zu blockieren und sogar auf Schiffbrüchige und Freiwillige schießt, zerbröckelt das Piantedosi Dekret oder besser das ‚Dekret der Grausamkeit‘ in Italien Stück für Stück in den Gerichtshöfen [...] Meloni und Co. müssen ein für alle Mal verstehen, dass es jenseits der Propaganda auch Gesetze und internationale Normen gibt, die respektiert werden müssen.“ Aber welches Gewicht hat die schwache Opposition in Italien...?

Kontakt:

Sitz Palermo
borderline-europe

Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de/>
italia@borderline-europe.de

